



Mitteilung vom 30. Juni 2017: Der Landesbeirat des dbb sh hat die nachstehende Resolution Nr. 1 beschlossen

## **Auf Zeit spielen bedeutet Handlungsfähigkeit verspielen: Fünf-Punkte-Plan umsetzen!**

Der Landesbeirat des dbb schleswig-holstein erwartet von der neuen Landesregierung klare Signale für einen insgesamt leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Die Beamtinnen und Beamten sowie die Tarifbeschäftigten wollen jetzt wissen, ob die Ankündigung im Koalitionsvertrag, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern, der Einstieg in erforderliche Maßnahmen ist. „Nichts tun“ darf keine Option der politischen Praxis sein.

In den letzten Jahren wurden Pensionierungen eher als Möglichkeit zur Haushaltsentlastung begriffen statt als Auftrag zur Personalgewinnung. Der daraus resultierende hohe Altersschnitt und aktuell steigende Einstellungsbedarf stößt auf ein weiteres Problem: Haushaltsdefizite wurden eher als Argument für weitere Personalkostenreduzierungen begriffen statt als Prioritätserfordernis für einen stabilen öffentlichen Dienst. Die unübersehbaren Fehlentwicklungen dieser Sparpolitik sind geringe Attraktivität, hohe Krankenstände und zu geringe Bewerberzahlen.

Um die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten, fordert der dbb sh als Sofortmaßnahme, auf der Grundlage des Koalitionsvertrages schnellstens einen Fünf-Punkte-Plan umzusetzen, um Attraktivitätsbremsen in Motivationsschübe umzuwandeln:

1. Für Beamtinnen und Beamte muss das vor über 10 Jahren zusammengestrichene Weihnachtsgeld wieder gezahlt und die Wochenarbeitszeit von 41 Stunden spürbar reduziert werden.
2. Für Tarifbeschäftigte muss eine Weiterentwicklung der Eingruppierung vorangetrieben werden, um die rote Laterne unter den staatlichen Ebenen loszuwerden.
3. Für beide Statusgruppen muss mehr Flexibilität für die Verteilung der (Lebens-)Arbeitszeit ermöglicht werden; dazu gehört die Altersteilzeit als Instrument für alter(n)sgerechtes Arbeiten und Wissenstransfer.
4. Für Beschäftigte, die beispielsweise höherwertige Aufgaben wahrnehmen, müssen sachgerechte Beförderungen ermöglicht werden.
5. Die Einstellungszahlen sind grundsätzlich zu erhöhen - auch um die Überlastung vorhandener Kolleginnen und Kollegen abzuwenden.

Eine Verweigerungshaltung kann nicht mehr mit der prekären Haushaltslage begründet werden, zumal ein ausgeglichener Haushalt vorliegt und der Stabilitätsrat keine Rolle mehr spielt.

Resolution

Muhliusstr. 65  
24103 Kiel

Telefon: 0431.67 50-81  
Fax: 0431.67 50-84  
E-Mail: [info@dbbsh.de](mailto:info@dbbsh.de)  
Web: [www.dbbsh.de](http://www.dbbsh.de)